

Schlossgarten-Demo: Abzug des Staatsanwalts gefordert

Grüne bezweifeln Objektivität

STUTTART. Die Grünen im Landtag fordern den Abzug eines Oberstaatsanwalts von den Ermittlungen zum harten Polizeieinsatz am 30. September gegen Stuttgart-21-Gegner. Oberstaatsanwalt Bernhard Häußler habe weit vor Ende der Ermittlungen durch öffentliche Äußerungen zu erkennen gegeben, dass er voreingenommen und nicht unabhängig sei. „Deshalb müssen die anhängigen Ermittlungsverfahren einer anderen Staatsanwaltschaft übertragen werden“, verlangte gestern der Grünen-Obmann im Landtags-Untersuchungsausschuss, Uli Sckerl, in Stuttgart.

Kritik an Interview

Generalstaatsanwalt Klaus Pflieger hat die Forderung aber bereits Ende Dezember abgelehnt. In der Antwort auf eine Landtagsanfrage der Grünen teilt das Justizministerium mit, Pflieger habe keine Anhaltspunkte dafür gesehen, dass die Ermittlungen nicht objektiv seien. „Zur Beauftragung einer anderen Staatsanwaltschaft besteht kein Grund“, wird der Generalstaatsanwalt zitiert. Das Ministerium von Ressortchef Ulrich Goll (FDP) sieht auch jetzt keinen Grund, diese Entscheidung mit einer Weisung zu korrigieren.

Die Grünen werfen Häußler vor, sich in einem Interview voreilig über den Einsatz geäußert zu haben. Der Oberstaatsanwalt hatte gesagt: „Vorläufig kann ich sagen, dass es keine Anhaltspunkte gibt, dass der Einsatz insgesamt offensichtlich unrechtmäßig war.“ Die Grünen halten dem Juristen zudem vor, er habe Vorwürfe, es seien Menschen mit Wasserwerfern vor den Bäumen getrieben worden, bereits für erledigt erklärt.

Darüber hinaus habe sich Häußler am 30. September lange bei der Einsatzleitung und beim Führungsstab des Polizeipräsidiums aufgehalten. „Er ist erkennbar nicht in der Lage, objektive Ermittlungen zu führen“, kritisierte Sckerl. *lsw*



Grünen-Obmann Uli Sckerl bezweifelt die Objektivität des Staatsanwalts. BILD: DPA

Bildung: Kein Medizinstudium an der Universität Heidelberg

0,7-Abiturient erhält Absage

HEIDELBERG. Der beste Abiturient Baden-Württembergs kann vorerst nicht studieren: Trotz des Top-Abchlusses habe er keinen Studienplatz für Medizin in Heidelberg bekommen, sagte Vadim Vodovozov gestern und bestätigte damit Medienberichte. Der 19-Jährige hatte zwar 898 von 900 möglichen Punkten erhalten und damit mit einem Schnitt von 0,7 das beste Einser-Abitur im Land.

Bei seiner Bewerbung um einen Studienplatz hatte er sich darauf verlassen, dass 20 Prozent der Studienplätze ohnehin an die Jahrgangsbesten vergeben werden. Wegen der vielen Einser-Abiturienten wurden die Plätze jedoch ausgelost – und Vodovozov hatte kein Glück. Auch bei der direkten Vergabe der Universität Heidelberg bekam er keinen Platz: Hier zählte die Abiturnote nur zu 51 Prozent. Auf den freiwilligen Mediziner-test, mit dem sich die Bewerber zusätzlich qualifizieren können, hatte er verzichtet. An anderen Hochschulen hatte er sich gar nicht erst beworben. *lsw*

Bahnprojekte: Proteste in Stuttgart verändern Politikstil von Stefan Mappus – wie die Reaktion auf die Rheintalbahn-Absage zeigt

S 21 hinterlässt seine Spuren

Von unserem Korrespondenten
Joachim Rüeck

STUTTART. Plötzlich steht der Ministerpräsident selbst auf der Dagegen-Seite. Als das Regierungspräsidium (RP) Freiburg die Ausbaupläne der Bahn für die Rheintalstrecke in Bausch und Bogen verdammt, obwohl die deutsche Seite den Abmachungen mit der Schweiz schon jetzt deutlich hinterherhinkt, kommt kein Wort des Bedauerns von Stefan Mappus. Im Gegenteil. „Wir haben den Widerstand erkannt und darauf reagiert“, betont der CDU-Politiker stolz – um nachzuschieben: „Stuttgart 21 passiert mir kein zweites Mal im Leben.“

Mappus und Stuttgart 21. Die Massenproteste, die blutigen Szenen Ende September beim Polizeieinsatz im Schlossgarten. „Er weiß, dass er immer wieder mit diesen Bildern in Verbindung gebracht werden wird“, sagt ein CDU-Landtagsabgeordneter. Und so versucht der 44-Jährige, der als Prototyp des Basti-Politikers galt, den Imagewandel zum Volksversteher. Das hat freilich seine Grenzen. Schuldgefühle wegen der Erblindung des von einem Wasserwerfer getroffenen Stuttgart-21-Gegners plagten ihn keine, bekannte er nun in einem Zeitungsinterview.

Wechsel der Wortwahl

Der Wechsel der Wortwahl ist bei dem einstigen verbalen Haudrauf dennoch unüberhörbar. Natürlich tue ihm der Mann leid, fügte Mappus an. Formulierungen wie „Fehdehandschuh“, mit denen er noch vor Monaten Kritiker verärgerte, sind bei ihm nun ohnehin auf dem Index. Die seit der Amtsübernahme etwas gedrosselte Lust an Schlagabtausch haben die Ereignisse im Schlossgarten noch weiter gebremst.

Und auch im Politikstil gibt es Änderungen. Dass Mappus gegenüber seiner Fraktion nicht an der geplanten Mehrarbeit für junge Beamte festhielt, darf noch als klassisches Wahlkampfgeschenk abgebuht werden. Sein Vorgehen in Sachen Rheintaltrasse und bei der Suche nach einer Unterbringung für psychisch gestörte Straftäter hätte ohne die Stuttgart-21-Erfahrungen wohl etwas anders ausgesehen. In beiden Fällen verbrüderte sich Mappus mit der aufgebrachten Bevölkerung vor Ort. Bei seiner medienwirksamen Notbremse in Wiesloch nimmt er



Ministerpräsident Stefan Mappus im Untersuchungsausschuss zum umstrittenen Polizeieinsatz in Stuttgart. BILD: DPA

dafür die Brückierung von Sozialministerin Monika Stolz billigend in Kauf. Zum Verdruss von Kabinettskollegen: „Das hätte nicht jeder mit sich machen lassen“, mosert einer. Jener schwarze Donnerstag im September hat bei Mappus und seiner Entourage die Nervosität, etwas falsch zu machen, spürbar gesteigert. „Er kann sich kaum von dem lösen, was ihm aufgeschrieben wurde“, meint ein Minister. Als Mappus vor 14 Monaten den Posten des CDU-Landesvorsitzenden übernahm, verstand er es noch, auf dem Parteitag in Friedrichshafen mit seiner Antrittsrede die Seele der Delegierten zu streicheln. Ob durch die Bürde des Regierungsamtes oder die zeitweise explosive Situation im Land bedingt, wirken seine Äußerungen auch mit knapp einjähriger

Erfahrung als Ministerpräsident immer noch angestrengt abgelesen.

Wer sich nach dem oft lange lavierenden Günther Oettinger einen entscheidungsstärkeren Regierungschef erwartet hat, wird momentan enttäuscht. Stuttgart 21 scheint Mappus vorerst seiner Stärke beraubt zu haben: Statt demonstrativer Kraft ist nun Vorsicht angesagt. Ob der nur auf wenige Getreue vertrauende Pforzheimer nach einer erfolgreich bestandenen Landtagswahl wieder seinen alten Verhaltensmuster folgt, darüber gehen in den eigenen Reihen die Meinungen auseinander. Das Ereignis habe „nachhaltig auf ihn gewirkt“, meint ein Parlamentarier. Andere reden von einer „Rolle, die er spielt“ oder finden schlicht: „Die Zurückhaltung ist normal in Wahlkampfzeiten.“

Mappus zur Landtagswahl

■ Ministerpräsident Stefan Mappus zeigt sich davon **überzeugt**, dass er nach der **Landtagswahl** am 27. März die Koalition mit der FDP fortsetzen kann.

■ Gleichzeitig warnt er konservative Wähler vor **Leihstimmen** für die Liberalen.

■ Er Sorge sich, „dass die FDP kurz vor dem Ziel auf wundersame Art und Weise noch **drei, vier Prozentpunkte** zulegt, weil CDU-Wähler der Meinung sind, sie müssten den Liberalen helfen“.

■ Die **Grünen** sieht der Regierungschef unter den jüngst prognostizierten 29 Prozent. *lsw*

Wahlkampf: Südwest-SPD will mit sachlichen Botschaften punkten / Grüne sind Gegner

Schmidts „echter Wechsel“

Von unserem Korrespondenten
Peter Reinhardt

STUTTART. Mit einer Mischung aus Angriffen auf CDU-Regierungschef Stefan Mappus und eigenen Botschaften bringt sich SPD-Spitzenkandidat Nils Schmid für den baden-württembergischen Landtagswahlkampf in Stellung. Zum Wunschpartner Grüne geht der 37-Jährige vorsichtig auf Distanz. „Die Grünen haben sich thematisch sehr verengt auf Stuttgart 21“, kritisiert Schmid. Er setzt auf eine Führungsposition nach dem 27. März: „Der echte Wechsel gelingt nur mit einem Ministerpräsidenten der SPD.“

Kurz vor Schmidts Auftritt in der Stuttgarter Wahlkampfzentrale veröffentlichte Forsa eine neue Umfrage. Bundesweit büßen danach SPD und Grüne weiter an Vorsprung ein. Union und FDP kommen auf 40 Prozent und liegen nur noch vier Punkte hinter SPD und Grünen. Vor drei Monaten waren es noch zwölf Punkte Vorsprung. Die SPD sinkt im Bund auf 24 Prozent, was erfahrungsgemäß für Baden-Württemberg weniger als 20 Prozent bedeutet.

„Wir erhoffen uns etwas mehr bundesweiten Rückenwind“, gibt Peter Friedrich zu. Der Generalsekretär der Südwest-SPD setzt darauf, dass die Wahl im Stadtstaat Hamburg einen Stimmungsumschwung bringt. Dort liegen SPD und Grüne in

der Wählergunst weit vorne. Friedrich glaubt, dass „der Ausgang dieser Wahl im Februar maßgeblich für die weitere Stimmung wird“.

Etwas Glanz erhoffen sich die SPD-Strategen vom Auftritt des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck (SPD) beim Parteitag am Samstag. Da soll ein „Regierungsprogramm“ beschlossen werden. Am Aschermittwoch verlegt SPD-Chef Siegmund Gabriel seinen Polterauftritt von Bayern ins baden-württembergische Ludwigsburg.

Wenig Begeisterung lässt Schmid bei der Frage erkennen, ob er sich zur Unterstützung im Wahlkampf ein Schattenkabinett aufstellt. Die Entscheidung macht der Spitzen-

kandidat abhängig vom weiteren Verlauf des Wahlkampfes.

Erstmals zeigte die Südwest-SPD gestern ihre Plakate für den Wahlkampf. Sie enthalten meist eine Frage wie „Schützt die Umwelt Arbeitsplätze?“ und in kleinerer Schrift eine umfangreiche Antwort. „Wir gehen das Risiko der Substanz“, sagt Friedrich. Man habe festgestellt, dass „platte Botschaften nicht mehr so funktionieren“, begründet er den „bewusst anderen Stil“.

Auf Distanz zu den Grünen

Als zentrales Ziel formuliert Schmid die Ablösung der CDU/FDP-Regierung. Allerdings ist das Gerangel um Platz 1 zwischen Rot und Grün unübersehbar. Schmid will nach Kräften verhindern, dass die Grünen vorne liegen und dann im Falle eines Sieges den Ministerpräsidenten stellen. Die SPD sei „ein Vollsortiment“, während die Grünen sich auf wenige Themen konzentrieren. Er erwartet „im Wahlkampf Verschärfungen von beiden Seiten“.

Die Spekulationen über eine große Koalition versucht Schmid auszu-treten. Die SPD habe in der Vergangenheit mit Schwarz-Rot in Baden-Württemberg keine guten Erfahrungen gemacht. Die Gedankenspiele würden von der um ihre Macht bangenden CDU angeheizt. Schmid: „Wir wissen die freundliche Umar-mung richtig einzuschätzen.“



Schmid kritisiert die Grünen für ihre „Verengung“ auf Stuttgart 21. BILD: DPA

IN KÜRZE

Auto fällt 40 Meter tief

SANKT GEORGEN. Bei einem Unfall auf der B 33 in der Nähe von St. Georgen hatte ein Autofahrer einen guten Schutzeffekt. Laut Polizei fuhr er zu schnell in eine Kurve, durchbrach die Leitplanke und stürzte eine 40 Meter tiefe Böschung hinunter. Der Fahrer konnte sich unverletzt aus dem Auto befreien. *lsw*

Razzia bei Republikanern

STUTTART/ULM. Wegen des Verdachts auf gefälschte Unterschriften für die Landtagswahl in Baden-Württemberg hat die Polizei die Landesgeschäftsstelle der Republikaner in Stuttgart durchsucht. Wie die Staatsanwaltschaft Ulm mitteilte, soll die Partei Ende Oktober eine Liste mit Unterstützern für einen Direktkandidaten im Wahlkreis Ulm eingereicht haben. *lsw*

VOR 40 JAHREN

Der **zweite Notarztwagen** in Rheinland-Pfalz wird in Dienst gestellt. An den Städtischen Krankenanstalten Ludwigshafen steht das Fahrzeug des **Roten Kreuzes** mit der Besatzung von einem Notarzt und zwei Rettungssanitätern rund um die Uhr abrufbereit. Die Ärzte des Krankenhauses leisten dafür freiwillig 24 Stunden mehr Dienst – für ein „Taschengeld“ vom DRK. Der Notarztwagen ist mit **modernsten Instrumenten** ausgestattet und verfügt als bundesweit einziger über ein Wiederbelebungsgerät. *eB*

Wilde Verfolgungsjagd

KOBLENZ. Nach dem Überfall einer Bankfiliale in Blankenrath hat sich gestern ein Räuber-Trio eine Verfolgungsjagd mit der Koblenzer Polizei geliefert. Zwei der drei Täter wurden festgenommen. Die Flucht in einem gestohlenen Auto endete mit einer Kollision gegen einen Polizeiwagen. Die Täter flüchteten daraufhin zu Fuß. Mit Suchhunden und Hubschraubereinsatz gelang es, zwei Männer zu finden. *lrs*

Sprengstoff im Keller

KIRCHHEIM UNTER TECK. Mehr als zehn Kilogramm hoch explosives Sprengstoffpulver hat die Polizei in Kirchheim unter Teck (Landkreis Esslingen) im Keller eines 25-jährigen gefunden. Er habe sich damit laut Polizei Knallkörper gebastelt. Der junge Mann sei der Polizei als Pyrotechnik-Fan bereits bekannt. Experten des Landeskriminalamtes sprengten die Chemikalien in einem nahe gelegenen Steinbruch. *lsw*

Prozess: Opfer mit K.o.-Tropfen betäubt

Frau plante fingierten Selbstmord für Ehemann

ULM. Eine 36-Jährige soll nach dem Willen der Staatsanwaltschaft Ulm für acht Jahre in Haft, denn sie habe ihren Mann mit einem fingierten Selbstmord aus dem Weg räumen wollen. Die Frau sei des versuchten Mordes schuldig. Zudem plädierte Staatsanwalt Ulrich Stütz gestern vor dem Landgericht Ulm auf vier Jahre Haft für einen 33 Jahre alten Mitangeklagten, den Geliebten der Frau. Er hatte gestanden, sogenannte K.o.-Tropfen besorgt zu haben.

Die Ehe der 36-Jährigen und ihres 41-jährigen Mannes aus einem Ortsteil von Schelklingen (Alb-Donau-Kreis) war vergangenes Jahr zerbrochen. Er wollte die Scheidung. Die Mutter von drei Kindern mixte deshalb nach Überzeugung der Ankläger am Pfingstmontag vergangenen Jahres die Tropfen in ein Sektglas. Sie habe eine Lösung für die kaputte Ehe, hatte sie laut Stütz zu ihrem Ehemann beim Frühstück gesagt. So lockte sie ihn abends ins Obergeschoss des gemeinsamen Hauses, das er nach der Trennung bewohnte. Das gestand sie auch in einer schriftlichen Erklärung.

Vorher war in E-Mails zwischen der Angeklagten und ihrem mutmaßlichen Komplizen von einem „One-Way-Ticket“ für den 41 Jahre alten Ehemann die Rede gewesen. Ihr Motiv war, dass sie das Haus der

Familie behalten wollte, nachdem der Mann die Scheidung und einen Verkauf plante. So betäubte der Anklage zufolge die 36-Jährige ihren Mann und versuchte dann, mit einem Küchenmesser die Pulsadern ihres Gatten durchzuschneiden. Das Messer habe sie in seine Hand gelegt, um die Tat wie einen Suizid aussehen zu lassen. Ihr Opfer aber wachte gerade noch passend auf, befreite sich und flüchtete zu Nachbarn.

Zu wenig Betäubungsmittel

Der Verteidiger des Mitangeklagten äußerte die Vermutung, dass der geringere Gehalt der Partydroge mit dem Betäubungsmittel Ketamin, die sein Mandant in einem Club besorgt habe, vermutlich eine längere Betäubung des Opfers verhindert habe. Er plädierte auf eine Haftstrafe von drei Jahren.

Der Anwalt der 36-jährigen Frau forderte, sie lediglich wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Bewährungsstrafe zu verurteilen. Sie habe zwar vorgehabt, ihren Mann umzubringen, es sich am Tatabend aber doch noch anders überlegt. Nur so sei zu erklären, dass sie in der Zeit, als ihr Mann von den K.o.-Tropfen noch ohnmächtig war, ihn nicht getötet habe. Das Urteil soll am Freitag verkündet werden. *lsw*